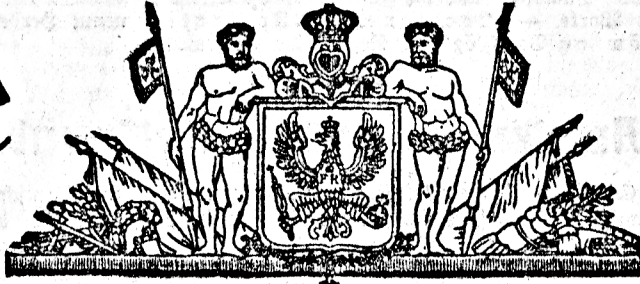


Woffische



Zeitung

15 Pfennig

Begründet

1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

★ Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 ★

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Die Auflösung der Wehrmacht.

Der 9 Milliarden-Kredit.

Drahtmeldung unserer Weimarer Redaktion.

★ Weimar, 18. August.

Als erster Punkt stand auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung der Nationalversammlung der neue 9-Milliarden-Kredit, den die Regierung am Sonnabend eingebracht hat. Davon sind 2 Milliarden für Aufwendungen, die mit dem Friedensvertrage in Zusammenhang stehen. Diese 2 Milliarden spielen eine besondere Rolle in der heftigen Geschäftsordnungsdebatte, mit der die heutige Sitzung eröffnet wurde. Der deutsch-nationale Abgeordnete Eugen Berg erhob schärfsten Einspruch gegen die Überstürzung der Beratung der Vorlage; er verlangte Vertagung auf morgen, um den Fraktionen Gelegenheit zur Beratung zu geben. Diesem Antrag schloß sich der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Heinze, an.

Reichsfinanzminister Erzberger drängte auf schleunigste Verweigerung an den Ausschuß. Er betonte, daß die eingehende Begründung nur in der Kommission gegeben werden könne. Er wolle es ablehnen, in der Öffentlichkeit über die Verwendung der 2 Milliarden für Erfüllung des Friedensvertrages Auskunft zu geben. Eine frühere Einbringung der Vorlage sei deshalb nicht möglich gewesen, weil die schwerwiegenden Verhandlungen über diesen Punkt erst am Sonnabend beendet worden seien. Wenn eine Verzögerung herbeigeführt werde, sei das Reich gezwungen, den Bankrott zu erklären. Die Leute, deren Interessen mehr durch die Forderungen vertreten werden, werden Ihnen (nach rechts) nicht sehr dankbar sein für die Verschleppungsversuche, die Sie jetzt machen; auch stehen die Aufwendungen für die einmalige Zulage an die Beamten in der Kreditforderung.

Abg. Dernburg widersprach dem Verlagsantrag der Rechten und dessen Begründung, die in der Bemerkung gegipfelt hatte, wenn man die erste Lesung derart gestalte, so mache man das Parlament zum Theaterstück. Auf unserer Seite wird, so erklärte er unter dem Beifall der Mehrheit, nicht Theater gespielt. Dagegen stimmte der unabhängige Abg. Geyer dem Verlagsantrag zu. Er wies besonders darauf hin, daß die Regierung einen sehr starken Druck auf die Beschleunigung ausüben würde. Sogar mit der Demission des Finanzministers sei gehandelt worden. (Große Heiterkeit auf der Ministerbank.) Nach längerer Debatte wurde der Verlagsantrag Eugen Berg abgelehnt. In der ersten Lesung, die dann vorgenommen wurde, erklärte lebhaft Reichsfinanzminister Erzberger, daß er in der morgen vormittag um 10 Uhr stattfindenden Sitzung des Haushaltsausschusses eingehende Auskünfte geben werde, aus denen hervorgehe, wie notwendig die schleunige Verabschiedung der Vorlage sei.

Abg. Dernburg (Dem.) schloß sich dem Antrag auf Ueberweisung an den Ausschuß an, der dann auch beschlossen wurde. Nach erfolgter Abstimmung bezweifelte Abg. Eugen Berg — zu spät — die Beschlußfähigkeit. Auf der linken Seite rief diese Verzögerungstaktik und ihre Scheitern Entrüstung und Heiterkeit hervor.

Durch die Verminderung der Wehrmacht, die der Friedensvertrag dem deutschen Volke auferlegt hat, werden viele Tausende von Offizieren und Kapitulanten vor die Notwendigkeit gestellt werden, sich teilweise in vorgerücktem Alter und ohne entsprechende Vorbildung, einen neuen Beruf zu suchen. Das Reich erkennt die Pflicht an, diesen Bürgern in ihrer unverschuldeten Notlage nach Kräften beizustehen. Diesem Zweck dienen die zwei Vorlagen über die Entschädigung der ausscheidenden Offiziere und Dedoffiziere, sowie der ausscheidenden Kapitulanten. Sie sind im Ausschuß eingehend beraten und es hat dort sehr scharfe Debatten gegeben, die bei den beteiligten Kreisen ein entsprechendes Echo fanden. Die aus Sozialdemokratie und Zentrum bestehende Mehrheit hat an mehreren Punkten die Vorlage abgeändert, zum Teil unter dem Druck von populären Strömungen. Der unermühten Arbeit namentlich der demokratischen Mitglieder des Ausschusses ist es gelungen, einen einigermaßen gerechten Ausgleich herbeizuführen, der zwar viele Wünsche unerfüllt läßt, aber immerhin einer sehr großen Anzahl von Offizieren und Unteroffizieren Unteroffizieren die Möglichkeit bietet, sich eine neue Existenz aufzubauen.

In der heutigen Plenarberatung der Nationalversammlung bewährte Abg. Grünwald (Dem.), der sich in der Kommission mit besonderem Eifer für eine positive Lösung eingesetzt hat, daß manche Verbesserungsvorschläge nicht durchgedrungen seien. Der Abg. von Graefe (Dnat. Vp.) vertrat den oppositionellen Standpunkt mit großem Geschick.

Reichswehrminister Noske hatte insofern einen schweren Stand, als die Veränderungen, die die Kommission in der Vorlage vorgenommen hat, vielfach seiner Auffassung nicht entsprechen. Er bezeichnete es als das Recht der Regierungspartei, Vorschläge der Regierung abzuändern, wenn die Absicht der Vorlage dabei nicht aus dem Auge verloren werde. Wäre das der Fall gewesen, so hätte er auch keinen Fremden gegenüber mit dem Reichsdruck sich für die Sache eingesetzt.

Mit starker Erregung wandte sich Noske gegen alle Anweisungen der Linken, daß Deutschland den Friedensvertrag ehrlich und loyal durchführe. Diese unberechtigten Zweifel, die durch die Agi-

tation der Unabhängigen genährt werden, sind einer der wesentlichen Gründe dafür, daß Frankreich sich nicht anschließen kann, die deutschen Gefangenen zurückzugeben. Ich weiß — so erklärte der Minister — aus einwandfreier und authentischer Quelle, daß die Franzosen unsere unglückseligen Kriegsgefangenen deshalb festhalten, weil sie befürchten, sie könnten unsere Wehrmacht vermehren, von der man sich draußen zum Teil außerordentlich übertriebene Vorstellungen macht. Gerade weil wir den Friedensver-

Ausweitung des englischen Geschäftsträgers aus Mexiko.

Drahtmeldung.

Amsterdam, 18. August.

Laut „Pressbüro Radio“ hat Präsident Carranza, angeblich aus Neger darüber, daß er bisher nicht anerkannt worden ist, den britischen Geschäftsträger in Mexiko, Commins, aus Mexiko ausgewiesen. „New York Sun“ nennt die Handlungsweise Carranzas einen Großbritannien angetanen Schimpf, der es veranlassen kann, gegen Mexiko vorzugehen. „New York Herald“ schreibt, die Ausweisung Commins komme einer Deportation gleich.

trag auch in bezug auf Verminderung der Wehrmacht restlos erfüllen wollen, müssen jetzt 8 hunderttausende von Berufs-offizieren entlassen werden.

Wenn in diesen Kreisen teilweise die Auffassung vertreten wird, daß sie durch Verteidigung der Republik sich einen besonderen Anspruch auf Dank verdient hätten, so ist darauf hinzuweisen, daß die Errettung des Vaterlandes von dem Chaos auch im eigenen Interesse der Offiziere und Unteroffiziere lag, denn wenn die Unabhängigen und Spartaisten ans Ruder gekommen wären, so würden diese Befehle überhaupt nicht befolgt werden. Daran lassen auch die Unabhängigen keinen Zweifel.

Zu den bedrohten Existenzen der Offiziere und Unteroffiziere kommen die berechtigten Forderungen der Kriegsbeschädigten, der Hinterbliebenen, der Auslandsdeutschen, der Kolonialdeutschen, der vertriebenen Ost- und Westpreußen, Posenen. Wir wollen helfen, soweit wir können. Wenn wir nicht alle Wünsche erfüllen können, so bedauern wir das am allermeisten.

Der Reichswehrminister wandte sich dann entschieden gegen diejenigen Proteste von Offizieren und Kapitulanten, die in ungehöriger Form und mit ungerechten Uebertreibungen auftraten. Wir müssen verlangen, daß die Vertreter von Wünschen der Lage des Reiches gerecht werden. Das ganze Volk muß durch eine Zeit der schmerzlichen Entbehrungen hindurch. Die Mängel, die das Gesetz noch aufweist, werden zum Teil durch den Härteparagrafen beseitigt, der es dem Reichswehrminister und dem Reichsfinanzminister ermöglicht, einen Ausgleich zu schaffen.

Ich gebe die Versicherung, so schloß Noske, daß wir von dieser Ermächtigung in der wohlwollendsten und warmherzigsten Weise Gebrauch machen werden. Wir werden dafür sorgen, daß das Gesetz eine wertvolle Beihilfe für alle tatkräftigen Leute bedeutet, sich ein neues Leben zu gründen.

Reichsfinanzminister Erzberger schloß sich der letzten Erklärung ausdrücklich an und erklärte, daß besonders zugunsten der sogenannten Kriegseuropäer und bezüglich der Umzugsgebühren weitgehendstes Entgegenkommen geübt werden soll. Die Ausführungen des Gesetzes werden zeigen, daß es sich nicht um Worte, sondern um Taten handelt.

Der Obstruktionsversuch der Rechten, der bei der Kreditvorlage infolge der raschen Anordnung der Abstimmung durch den Vorsitzenden Fehrenbach scheiterte, wird in parlamentarischen Kreisen sehr ernst genommen. Man befürchtet, daß dieser Versuch auch bei anderen Gelegenheiten wiederholt und den Abschluß der Arbeiten der Nationalversammlung aufs äußerste gefährden wird.

Denn es ist ein offenes Geheimnis, daß es große Schwierigkeiten macht, bei der orgeschrittenen Jahreszeit und der starken Ermüdung nach sechsmonatiger, fast ununterbrochener Tätigkeit das Haus beschlußfähig zu halten.

Es wird Aufgabe der Mehrheitsparteien und der Demokraten sein, ihre Mitglieder möglichst vollständig zu versammeln, um einen Ausgang der Weimarer Beratungen zu vermeiden, der das Ansehen des Parlamentes und des Parlamentarismus aufs allererschwerste schädigen könnte.

J. E.

Millionenstiftung der amerikanischen Juden.

Amsterdam, 18. August.

Das „Pressbüro Radio“ meldet aus New York, daß der Direktor des amerikanischen jüdischen Hilfsauschusses Rosenfeld mitgeteilt hat, daß alle am Hilfswerk für die Juden beteiligten New Yorker Agenturen gemeinsam versuchen werden, im Dezember 750 000 Dollar aufzubringen, um für sechs Millionen Juden in Osteuropa, Kleinasien, Libanon und Argentinien zu liefern.

Misträuen.

Von

Alexander Redlich.

Die Entwicklung der Verhandlungen, die in Versailles zwischen deutschen und französischen Unterhändlern über die wirtschaftliche Durchführung des Krieges geführt werden, ist vorläufiges Geheimnis. Aber die spärlichen deutschen Stimmungsbereiche lassen erkennen, daß die Gegenseite verhandlungswillig ist. Die ewigen Klagen, die man von der Waffenstillstandskommission zu hören gewohnt war, sind jetzt verstummt; und schüchtern mag sich das Eingeständnis hervor, daß drüben die parallele Richtung weiterer Interessengebiete zwischen Deutschland und seinen kontinentalen Verhandlungsgegnern nicht verkannt wird.

Dennoch weiß man bisher nichts von sachlichen Ergebnissen zu melden. Das liegt nicht nur an den natürlichen Schwierigkeiten und an der Vielfältigkeit der Verhandlungsgegenstände. Auch andere, weniger selbstverständliche Hemmungen spielen eine Rolle. Aus verschiedenen Anzeichen darf geschlossen werden, daß dem unzweifelhaft vorhandenen französischen Bedürfnis nach Verständigung und gemeinsamer Arbeit nach wie vor das Misträuen gegen Deutschland noch immer die Wage hält. Frankreich will aufbauen; nicht nur seine vom Krieg zerstörten Gebiete, sondern auch sein ganzes ebenso wie bei uns zerrüttetes Finanz- und Wirtschaftsleben. Es muß in diesem Zusammenhang auch daran denken, sich soweit wie möglich der großen Militärlasten zu entledigen, die es bisher als Nachwirkung des Krieges trägt. Seit Monaten hat es versucht, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, indem es die Fortsetzung des militärischen Bündnisses mit England und den Vereinigten Staaten über den Frieden hinaus anstrebt. Die Grundlage dieser Politik ist die Besorgnis, daß Deutschland, wenn auch nicht gerade einen Revanchefeldzug in Szene setzen, so doch durch die Verweigerung aller im Friedensvertrag festgesetzten Leistungen Frankreich zu ruinieren suchen würde. Je geringer aber das französische Vertrauen auf die Hilfe Englands und Amerikas ist, desto mehr sinkt die Hoffnung des französischen Volkes, den Waffenrost mit dem Arbeitsmittel vertauschen zu können, wenn nicht Mittel gefunden werden, um das Vertrauen zu Deutschland zu stärken. Es heißt, daß man sich in Frankreich über die große Zahl der noch vorhandenen deutschen Truppen beunruhigt und ihre Demobilisierung als Voraussetzung für die Entspannung des gegenseitigen Verhältnisses ansehe. Unschönend fürchtet man, diese Mannschaften noch durch die Rückführung von Hunderttausenden Kriegsgefangenen zu vermehren, und daraus ergibt sich, daß die Gefangenensfrage nicht ausschließlich — wenn auch sicher zum Teil — mit der Frage des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete zusammenhängt.

Daß Deutschland alles daran setzen wird, seine Truppenzahl auf die im Friedensvertrag vorgesehene Höhe zurückzuführen, ist selbstverständlich. Das ergibt sich schon vom Standpunkt unserer eigenen Wirtschaft; denn, wenn Frankreich die Abrüstung braucht, so braucht sie Deutschland erst recht. Falls behauptet werden sollte, daß die unsicheren inneren Verhältnisse der Abrüstung in Deutschland im Wege stehen, so würde das eine überaus traurige Erklärung sein. Denn, wenn Soldaten mit Maschinengewehren noch immer das einzige Mittel darstellen, Ordnung zu schaffen, dann wird man wohl auf die Wiederherstellung der Ordnung und damit auf die Arbeitsfähigkeit des Volkes für absehbare Zeit verzichten müssen. Damit aber würden die Grundbedingungen für die Herstellung eines Vertrauensverhältnisses zu Frankreich und überhaupt zu allen Nachbarn erschüttert werden.

Es ist also damit nicht getan, daß Deutschland mechanisch seine an sich selbstverständlichen Pflichten in Bezug auf die Abrüstung erfüllt und dadurch die äußerlichen Voraussetzungen für ein ähnliches Vorgehen in Frankreich schafft. Sondern die beiderseitige Abrüstung muß sich auch im Geiste und in der Seele vollziehen. Sonst wird, gleichgültig mit welchen Mitteln, der kommende Zustand ein fortgesetzter Krieg sein.

Das will man aber weder auf französischer noch auf deutscher Seite. Die Völker sind des Krieges müde, gleichgültig in welcher Form er geführt wird, und das deutsche Volk ist weder seelisch noch physisch in der Lage, an Revanche zu denken. Das muß den Franzosen klargemacht werden, und man muß versuchen, die Reibungsflächen zu vermindern, zwischen denen bisher noch immer die gefährlichen Funken knistern. Da ist zunächst die erwähnte Frage der Kriegsgefangenen. Kein Franzose kann sich dem Verständnis dafür verschließen, daß ganz Deutschland, nicht nur die Angehörigen dieser Hunderttausende, die Rückkehr der Gefangenen von Tag zu Tag, von Stunde zu Stunde ersehnen. Ein formales Recht besitzt Deutschland aber nicht, vor der Ratifikation des Friedens ihre Heimkehr zu fordern. Man kann auch nicht mit juristischen Gründen verlangen, daß die Franzosen den deutschen Gefangenen zuliebe die Ratifikation schneller vollziehen als es ihnen paßt, so bedauerlich diese Verzögerung schon unter dem Gesichtspunkt der Beziehungen zwischen beiden Völkern ist. Nicht brühte Forderungen oder Proteste entsprechen hier also der äußeren Sachlage oder den Geboten der Zweckmäßigkeit. Sondern man muß versuchen, die inneren Hemmungen wegzuräumen, die den Franzosen bisher ein Eingeständnis in der Angelegenheit über den Fort-